

EZB Konvergenzbericht 2012

Die Europäische Zentralbank hat Ende Mai 2012 ihren aktuellen Konvergenzbericht veröffentlicht, in dem die Fortschritte von acht Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Hinblick auf die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) bewertet werden. Bulgarien, die Tschechische Republik, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen, Rumänien und Schweden sind Gegenstand dieses Berichts, der untersucht, ob in besagten Ländern ein hohes Maß an nachhaltiger Konvergenz erreicht worden ist (wirtschaftliche Konvergenz).

Weiterhin wird geprüft, ob ihre nationalen Zentralbanken die rechtlichen Anforderungen einhalten, welche zu erfüllen sind, um integraler Bestandteil des Eurosystems zu werden (rechtliche Konvergenz). Bei der Bewertung der Nachhaltigkeit der Konvergenz trägt der Bericht auch dem neuen verbesserten Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung der EU sowie der Stabilität des institutionellen Umfelds in den einzelnen Ländern Rechnung; dies schließt den Bereich Statistik mit ein. Der Konvergenzbericht 2012 betrachtet die Bereiche Preisstabilität, Öffentliche Finanzen, Wechselkurs und rechtliche Konvergenz.

Preisstabilität: Im zwölfmonatigen Referenzzeitraum von April 2011 bis März 2012 betrug der Referenzwert für das Kriterium der Preisstabilität 3,1 Prozent. Er wurde berechnet, indem zum ungewichteten arithmetischen Mittel der in diesem Zeitraum gemessenen HVPI-Inflationsraten von Schweden (1,3 Prozent), Irland (1,4 Prozent) und Slowenien (2,1 Prozent) 1,5 Prozentpunkte hinzuaddiert wurden. Drei der im Bericht untersuchten Länder – Bul-

garien, die Tschechische Republik und Schweden – wiesen im Berichtszeitraum durchschnittliche jährliche Teuerungsraten unterhalb des Referenzwerts auf. In den übrigen fünf Staaten überschritt die Preissteigerung trotz eines zumeist relativ schwachen wirtschaftlichen Umfelds deutlich den Referenzwert.

Öffentliche Finanzen: Mit Ausnahme Schwedens liegt zum Berichtszeitpunkt gegen alle betrachteten Länder ein Beschluss des Rats der Europäischen Union (EU-Rat) über das Bestehen eines übermäßigen Defizits vor. Im vergangenen Jahr verzeichneten Bulgarien, Schweden und – bedingt durch Einmalmaßnahmen – Ungarn eine mit dem Referenzwert zu vereinbarende Defizitquote.

Das Defizit der übrigen Länder lag bei über drei Prozent des BIP, war aber im Vergleich zu den Vorjahren rückläufig. Für 2012 prognostiziert die Europäische Kommission auf Basis derzeit bekannter Maßnahmen, dass die Defizitquote nur in Litauen mit 3,2 Prozent über dem Drei-Prozent-Referenzwert bleiben wird. Außer in Ungarn lag die öffentliche Schuldenquote aller untersuchten Länder 2011 unter dem entsprechenden Referenzwert von 60 Prozent. Den Prognosen der Europäischen Kommission zufolge dürften sich 2012 in dieser Hinsicht keine Veränderungen ergeben.

Wechselkurs: Von den im aktuellen Konvergenzbericht untersuchten Ländern sind gegenwärtig Lettland und Litauen Mitglieder des Wechselkursmechanismus II (WKM II). Die Währungen dieser beiden Staaten haben vor der Konvergenzprüfung bereits seit über zwei Jahren am WKM II teilgenommen, und ihre Leitkurse wurden im betrachteten Zeitraum nicht abgewertet.

Langfristiger Zinssatz: Im zwölfmonatigen Referenzzeitraum (April 2011 bis März 2012) betrug der Referenzwert für das Kriterium des langfristigen Zinssatzes 5,8 Prozent. Dieser Wert wurde ermittelt, indem zum durchschnittlichen während dieser zwölf Monate verzeichneten langfristigen Zinssatz für schwedische und slowenische Staatsanleihen (2,2 Prozent beziehungsweise 5,4 Prozent) zwei Prozentpunkte hinzuaddiert wurden; Schweden und Slowenien sind zwei der drei Länder, die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis erzielt haben. Irland,

das dritte Land dieser Gruppe, wurde bei der Berechnung des Referenzwerts nicht berücksichtigt, da die Langfristzinsen für irische Staatsanleihen angesichts der hohen länderspezifischen Risikoprämien an den Finanzmärkten derzeit keine geeignete Referenzgröße für die Bewertung von Fortschritten bei der Verwirklichung der wirtschaftlichen Konvergenz sind. In sechs der acht geprüften Länder (Bulgarien, der Tschechischen Republik, Lettland, Litauen, Polen und Schweden) lagen die langfristigen Zinssätze im Berichtszeitraum unterhalb des entsprechenden Referenzwerts von 5,8 Prozent oder entsprachen diesem. Nur in Ungarn und Rumänien lagen die Renditen für Staatsanleihen über diesem Referenzwert.

Rechtliche Konvergenz: In keinem der acht untersuchten Länder ist der rechtliche Rahmen voll und ganz mit sämtlichen Anforderungen vereinbar, die in den Verträgen sowie der Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der EZB als Voraussetzung für die Euro-Einführung enthalten sind. In allen geprüften Ländern gibt es weiterhin Unvereinbarkeiten im Hinblick auf die Zentralbankunabhängigkeit, und zwar insbesondere in institutioneller, personeller und finanzieller Hinsicht. Außerdem bestehen – mit Ausnahme Litauens – in allen Ländern Unvereinbarkeiten im Hinblick auf das Verbot der monetären Finanzierung sowie die rechtliche Integration der jeweiligen Zentralbank in das Eurosystem.

Mit der Vorlage dieses Berichts erfüllt die EZB die Vorgaben von Artikel 140 des Vertrags, wonach sie dem EU-Rat mindestens einmal alle zwei Jahre oder auf Antrag eines Mitgliedstaats, für den eine Ausnahmeregelung gilt, zu berichten hat, „inwieweit die Mitgliedstaaten, für die eine Ausnahmeregelung gilt, bei der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion ihren Verpflichtungen bereits nachgekommen sind“. Derzeit nehmen zehn EU-Mitgliedstaaten noch nicht voll an der WWU teil. Zwei davon, Dänemark und das Vereinigte Königreich, besitzen im Einklang mit den Bedingungen der entsprechenden Protokolle, die dem Vertrag beigefügt sind, einen Sonderstatus. Folglich müssen für diese beiden Länder Konvergenzberichte nur auf deren Antrag erstellt werden. Der Konvergenzbericht 2012 der Europäischen Zentralbank kann auf ihrer Website abgerufen werden.

Target-Jahresbericht 2011

Das Target-2-System funktionierte im Berichtsjahr reibungslos und verzeichnete einen Marktanteil von 91 Prozent des Gesamtwertes der Transaktionen in Euro-Großbetragszahlungsverkehrssystemen. Dies geht aus dem Target-Jahresbericht 2011 hervor, den die Europäische Zentralbank (EZB) Ende Mai 2012 veröffentlicht hat. Dem Bericht zufolge hatten bis zum 31. Dezember 2011 insgesamt 976 direkte Teilnehmer ein Konto im Target-2-System eröffnet. Über diese direkten Teilnehmer waren 3 465 indirekte Teilnehmer aus Ländern des Europäischen Wirtschaftsraums sowie 13 083 Korrespondenten weltweit registriert. Werden alle Zweigstellen dieser direkten und indirekten Teilnehmer in die Berechnung einbezogen, sind weltweit fast 60 000 Kreditinstitute erreichbar. Das System trägt damit aus Sicht der EZB nach wie vor maßgeblich zur Integration des Euro-Geldmarkts bei, die eine wesentliche Voraussetzung für die effektive Durchführung der einheitlichen Geldpolitik darstellt; darüber hinaus fördere es die Integration der Finanzmärkte im Euro-Währungsgebiet und somit letztlich die Finanzstabilität.

Die Anzahl der über Target-2 verarbeiteten Zahlungen erhöhte sich 2011 leicht, und zwar um 1,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr, während dem Wert nach im Vorjahresvergleich ein Anstieg um 3,3 Prozent verzeichnet wurde. Dabei wurden im Tagesdurchschnitt 348 505 Transaktionen mit einem Tagesdurchschnittswert von 2 385 Milliarden Euro abgewickelt. Diese wertmäßige Zunahme der Zahlungen im Jahr 2011 hing in erster Linie mit den Zentralbankgeschäften zusammen, was vor allem in der zweiten Jahreshälfte zu beobachten war. Die Verfügbarkeit der Gemeinschaftsplattform lag dem Bericht zufolge bei 99,89 Prozent und wurde lediglich durch eine Störung beeinträchtigt, aufgrund derer die Plattform am 25. Juli 2011 drei Stunden lang nicht zur Verfügung stand.

Kapitel 1 des Berichts liefert Informationen zum Zahlungsverkehr über Target-2, zur Leistungsfähigkeit des Systems und zu den wichtigsten Entwicklungen im Jahr 2011. Kapitel 2 enthält eine Einführung in das System sowie Hintergrundinformatio-

nen zum Vorläufersystem. Die wichtigsten Merkmale sind in den Anhängen aufgeführt, die auch eine Chronik der Entwicklungen im Bereich von Target/Target-2 umfassen. Der Bericht enthält vier Kästen zu aktuellen Themen, darunter die derzeit viel diskutierten Target-2-Salden der nationalen Zentralbanken, der Übergangszeitraum von proprietären Heimatkonten zur Gemeinschaftsplattform sowie die Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs (Business Continuity) und Notfallverfahren. Schließlich umfasst der Bericht, der von der Website der EZB heruntergeladen werden kann, auch ein Verzeichnis allgemeiner Begriffe und Abkürzungen sowie ein Glossar.

Geldvermögensbildung privater Haushalte 2011

Nach den Ende Mai 2012 von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten sektoralen Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung ist das Geldvermögen der privaten Haushalte im Jahr 2011 trotz der signifikanten Kursverluste an den Kapitalmärkten gestiegen und lag am Jahresende bei 4715 Milliarden Euro. Gleichzeitig hat die Verschuldung der privaten Haushalte leicht auf rund 1550 Milliarden Euro zugenommen.

Die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte lag im Jahr 2011 mit knapp 149 (154) Milliarden Euro weit über ihrem langjährigen Durchschnitt. Zurückgeführt wird dies von der Bundesbank unter anderem darauf, dass das verfügbare Einkommen infolge der positiven konjunkturellen Entwicklung sowie der stabilen Arbeitsmarktsituation 2011 gestiegen ist und damit die Ausweitung der Geldvermögensbildung begünstigte. Ein Großteil der Zuwächse entfiel auf Einlagen bei Banken und auf Ansprüche gegenüber Versicherungen.

Die Bankeinlagen (einschließlich Bargeld) nahmen netto um rund 67 Milliarden Euro zu. Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus im Jahr 2011 sowie den anhaltenden Anspannungen auf den internationalen Kapitalmärkten waren die täglich fälligen Sichteinlagen (einschließlich Bargeld) unverändert gefragt und verzeichneten mit 40 Milliarden Euro einen Großteil der Zuflüsse. Den Termineinlagen flossen auf Jahresbasis erstmalig seit der Intensivierung

der Finanzmarktkrise im Herbst 2008 netto Mittel von rund 18 Milliarden Euro zu. Als Hintergrund dafür vermutet die Bundesbank zum einen den Anstieg der Zinsspanne zwischen den täglich fälligen Einlagen und den Termineinlagen im Berichtszeitraum sowie der weitere Renditerückgang bei den festverzinslichen Wertpapieren. Nettozuflüsse gab es auch bei den Spareinlagen (einschließlich Sparbriefen) in Höhe von insgesamt rund acht Milliarden Euro. Festverzinsliche Wertpapiere (einschließlich Geldmarktpapiere) wurden im Berichtsjahr in Höhe von rund zwei Milliarden Euro verkauft, vor allem in der zweiten Jahreshälfte. Ursächlich hierfür dürfte unter anderem die tendenziell rückläufige Entwicklung der Renditen inländischer Anleihen gewesen sein, die von starken sicheren Zuflüssen aus dem Ausland profitierten.

Einen besonders starken Abfluss in Höhe von 15 Milliarden Euro verzeichneten auch Investmentzertifikate. Verkauft wurden insbesondere Publikumsfonds, darunter Rentenfonds und gemischte Wertpapierfonds. Bei Aktien hat sich hingegen die positive Entwicklung der vergangenen Jahre – trotz der realisierten Kursverluste – im Berichtsjahr stetig fortgesetzt. Diese verzeichneten Mittelzuflüsse von rund 14 Milliarden Euro. Die sehr regelmäßig ansteigenden Ansprüche gegenüber Versicherungen haben schließlich im Jahr 2011 erneut um gut 48 Milliarden Euro zugenommen. Diese transaktionsbedingte Zunahme des Geldvermögens wurde freilich durch Bewertungsänderungen im Umfang von knapp 92 Milliarden Euro geschmälert. Hier waren in erster Linie die Aktien betroffen. Im Ergebnis führte dies am Jahresende zu einem Geldvermögensbestand der privaten Haushalte von rund 4715 Milliarden Euro.

Im gleichen Zeitraum wurden per saldo Kredite (einschließlich sonstige Verbindlichkeiten) in Höhe von rund elf Milliarden Euro aufgenommen. Dabei sind vor allem Wohnungsbaukredite signifikant gestiegen, was sich auch in reger Bautätigkeit und steigenden Immobilienpreisen widerspiegelte. Ursächlich waren aus Sicht der Bundesbank insbesondere das historisch niedrige Zinsniveau sowie die positive Einkommensentwicklung. Infolgedessen nahm die Verschuldung der privaten Haushalte im Jahr 2011 in absoluter Betrachtung wieder zu und belief sich am Jahresende

auf knapp 1550 Milliarden Euro. Die Verschuldungsquote, definiert als Anteil der gesamten Verbindlichkeiten am Bruttoinlandsprodukt, ging jedoch erneut zurück. Sie betrug am Ende der Beobachtungsperiode rund 60 Prozent.

Bundesbank: neuer Internetauftritt

Die Deutsche Bundesbank präsentiert sich seit Ende Mai 2012 mit einem neuen Auftritt im Internet. Mit der überarbeiteten Webpräsenz will sich die Notenbank stärker an den Anforderungen der Nutzer orientieren und ihre Homepage mit einem zeitgemäßen Aussehen als zentrales Informationsangebot präsentieren. Ziel ist dabei unter anderem ein schnellerer Zugriff auf wichtige Informationen. Auf der neuen Startseite sind aktuelle Themen und Inhalte im Blick, und gleichzeitig bietet sie den Direkteinstieg in die Hauptbereiche: Unter „Bundesbank“ erfahren die Besucher mehr über die Organisation der Bundesbank und ihre Rolle im Eurosystem. Unter „Kerngeschäftsfelder“ werden die Aufgaben der Bank erläutert. Im Bereich „Statistiken“ befinden sich alle aktuellen Zahlen und der Zugang zu den Zeitreihen und Datenbanken. Und der Bereich „Service“ richtet sich vor allem an das Fachpublikum, zum Beispiel an Banken und Unternehmen. Presse- und Medienvertreter erhalten unter „Presse“ aktuelle Informationen zu Reden und Auftritten des Bundesbankvorstands sowie die Kontaktdaten der Pressestelle. Zusätzlich sind die gesamten Veröffentlichungen in einer Rubrik gebündelt.

Rechnungshofbericht zur EZB

Die Europäische Zentralbank hat Anfang Juni den Bericht des Europäischen Rechnungshofs betreffend die Prüfung der Effizienz der Verwaltung der EZB im Haushaltsjahr 2010 zusammen mit ihrer Antwort veröffentlicht. Der Bericht des Rechnungshofs wurde gemäß Artikel 27.2 der Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der EZB erstellt. Beides ist auf der Website der EZB verfügbar und wird im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht.